

9

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 35. Sitzung des Bundesrates vom 18. Oktober 1978

1. Wirtschafts- und Währungslage

Die Herren Chevallaz und Honegger orientieren über die Entwicklung der Lage seit dem Inkrafttreten der zusätzlichen Massnahmen, welche die Nationalbank in den letzten Septembertagen beschlossen hat. Sie stellen übereinstimmend eine gewisse Stabilisierung fest, wobei allerdings die Entwicklung des Dollar-Kurses nach wie vor als enttäuschend erscheint. Die Arbeiten im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Währungsverbunds müssen aufmerksam verfolgt werden mit dem Ziel, für die Schweiz ein befriedigendes Statut zu erreichen. Die Wirtschaftslage ist gekennzeichnet durch einen Beschäftigungsstand, der nach wie vor nicht als gravierend betrachtet werden kann, wenn auch - wahrscheinlich - mit einer Zunahme der Teilarbeitslosigkeit in den nächsten Monaten zu rechnen ist. Die Aussenhandelszahlen sind befriedigend, die Inflationsquote gibt zu keinen Bedenken Anlass. Trotzdem ist die Unsicherheit in der Wirtschaft angestiegen, insbesondere in der Uhrenindustrie, wo sich offenbar eine starke Verschlechterung abzeichnet.

In der allgemeinen Aussprache wird diese Beurteilung der Lage grundsätzlich geteilt, doch werden auch neue Bedenken bezüglich der intensivierten Interventionspolitik der Nationalbank laut. Was beunruhigt, ist die Tatsache, dass das Mass der möglicherweise notwendigen Interventionen nicht abzusehen ist. Dazu kommt der Zwiespalt zwischen Verantwortung und Zuständigkeit in den Beziehungen zwischen Bundesrat und Nationalbank. Die Nationalbank verfolgt eine Politik, die auf weite Sicht schwere Konsequenzen haben kann, für die dann aber allein der Bundesrat einzustehen hat. Dies wird insbesondere von Herrn Furgler unterstrichen, der in diesem Zusammenhang auch auf einen gewissen Informationsnotstand des Bundesrates aufmerksam macht: Grossbetriebe verlegen - so eben die Hoffmann-La Roche von Basel - ganze Werke ins Ausland, ohne dass der Bundesrat von den diesbezüglichen Plänen etwas weiss. Er vernimmt die Entschiede, wenn sie getroffen sind, aus der Presse. Dies erklärt sich wohl aus dem heutigen Wirtschaftssystem, schafft aber die Tatsache nicht aus der Welt, dass Betriebsverlegungen dieser Art in offensichtlichem Widerspruch mit der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik des Bundesrates stehen.

Der Rat kommt zum Schluss, dass eine Aussprache mit den Herren Jolles und Jucker sowie mit der Leitung der Nationalbank anberaumt werden sollte, wobei in Aussicht genommen wird, zunächst mit den Herren Jolles und Jucker allein zu diskutieren und erst anschliessend in einer zweiten Phase das Direktorium der Nationalbank beizuziehen.

Ferner wird das JPD beauftragt, ein Arbeitspapier für eine interne Aussprache über die Zuständigkeiten des Bundesrates bzw. der Nationalbank in diesen Fragen vorzubereiten.

2. Personalprobleme

Der Rat bespricht die Antwort an die Personalverbände bezüglich des neuerdings zur Diskussion gestellten Streikverbots. Er stimmt dem Antwortentwurf des FZD grundsätzlich zu, hält aber dafür, dass dieser konziser und damit kürzer gefasst werden sollte (auf ca 2 Seiten). Das FZD wird, zusammen mit dem JPD, die Ueberarbeitung vornehmen. Beantwortung nach den Aussprachen vom 31.10.78.

Bezüglich der Ferienordnung stimmt der Rat der mit den Personalverbänden in Aussicht genommenen Regelung grundsätzlich zu, hegt aber etwelche Bedenken, für das Jahr 1981 bereits heute die 6. Ferienwoche in Aussicht zu stellen. Herr Chevallaz wird in diesem Sinne nochmals mit den Personalverbänden verhandeln.

3. Rücktritt von Herrn Oberstkorpskdt Reichlin

Herr Gnägi gibt bekannt, dass Herr Oberstkorpskdt Reichlin seine Demission eingereicht hat. Sie soll im Moment noch nicht publiziert werden, da der Chef des EMD nochmals mit Herrn Reichlin sprechen will.

4. Kontakte mit Oesterreich

Herr Furgler gibt bekannt, dass anlässlich der Tagung der Raumplanungsminister der österreichische Bundeskanzler Kreisky mit ihm Fühlung genommen hat und bedauerte, dass die Schweiz ihre Libanon-Erklärung im Alleingang abgab. Kreisky war der Ansicht, dass ein gemeinsames Vorgehen der Neutralen mehr Gewicht gehabt hätte. Ferner würde Kreisky es begrüßen, wenn die Schweiz und Oesterreich im Hinblick auf die Wahl eines neuen Generalsekretärs des Europarates miteinander Fühlung hätten.

5. Organisations- und Personalfragen im FZD

Herr Chevallaz gibt bekannt, dass er Herrn Probst als neuen Vizedirektor der Finanzverwaltung vorzuschlagen gedenke. Der Rat ist damit einverstanden. Der Chef FZD gedenkt ferner zu beantragen, im Finanzdepartement durch Abspaltung gewisser Aufgaben der heutigen Finanzverwaltung ein eigentliches Generalsekretariat zu schaffen, das Herrn Landgraf zu übertragen wäre. Im Rat wird darauf aufmerksam gemacht, dass für beide Funktionen - Chef Finanzverwaltung und Generalsekretär - neue Pflichtenhefte zu erstellen und dem Antrag beizulegen sind, dies als Grundlage der künftigen Einstufung in die Besoldungsskala. Bei der Schaffung des Generalsekretariates gilt es Art. 50 des neuen OG in Rechnung zu stellen.

6. Vizepräsidium Nationalbank

Herr Chevallaz stellt nochmals die Frage des Vizepräsidiums des Bankrates der Nationalbank zur Diskussion. Herr Furgler hält dazu fest, dass die Angelegenheit CVP-Intern noch nicht abschliessend geklärt ist.

7. Medienfragen

Herr Ritschard stellt einen Bericht zur Motion Oehler betreffend Rückgängigmachung der SRG-Gebühren in Aussicht. Die Angelegenheit muss vom Bundesrat sorgfältig geprüft werden.

Aus Verlegerkreisen wird ein weiterer Aufschub der Erhöhung der Zeitungstransporttaxen gefordert, die nun auf den 1.1.79 in Kraft treten soll. Der Rat ist der Auffassung, dass diesem Begehren nicht stattgegeben werden kann, nachdem sich der Zeitungsverleger-Verband vor Jahresfrist, anlässlich des Verzichts auf die Erhöhung auf den 1.1.78, in aller Form bereit erklärt hat, die von der PTT-Verwaltung geforderte Erhöhung widerspruchslos auf den 1.1.79 in Kauf zu nehmen.

8. Bundesvertreter in Verwaltungsräten und Organisationen

Im Zusammenhang mit der mangelnden Information des Bundesrates über das Geschehen selbst in jenen Wirtschaftsunternehmen, in denen der Bundesrat durch Delegierte des Bundes mitwirkt, aber auch im SRG-Kontext wird die Frage der Kontakte und der Information aufgeworfen. Der Bundesrat beauftragt Herrn Bundeskanzler Huber, darüber ein Arbeitspapier zu erstellen, das als Grundlage für eine spätere Aussprache dienen soll.

9. Aussprachethemen

Herr Bundeskanzler Huber macht darauf aufmerksam, dass der Rat im Verlaufe der letzten Monate wiederholt Themen für Aussprachen vormerken liess, in der Folge aber keine Zeit für diese Aussprachen fand. - Der Rat beauftragt den Bundeskanzler, ihm eine Liste dieser Themen vorzulegen, damit entschieden werden kann, wann über die noch aktuellen Fragen die Aussprachen anzusetzen sind.

20.10.1978 Br/Ba (10)

BUNDESKANZLEI